

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Dr. Uwe-Volkmar Köck (PDS)

Nachhaltigkeitsstrategie

Kleine Anfrage - **KA 4/6077**

Wortlaut der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Vom 26. August 2002 bis 4. September 2002 tagt in Johannesburg der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, um nach zehn Jahren Bilanz über Erfolge seit der UNO-Konferenz von Rio de Janeiro zu ziehen. In Vorbereitung darauf hat die Bundesregierung im Dezember 2001 den Entwurf einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie veröffentlicht und 21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert in diesem Zusammenhang vorgestellt. Im April wurde das Dokument im Bundestag verabschiedet. Die Umsetzung einer solchen Strategie erfordert das Mittun vieler, demnach auch der Landesregierungen.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Form hat sich die Landesregierung in den jetzt laufenden Diskussionsprozess um die nationale Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden?
2. Welchen Beitrag will die Landesregierung leisten, um den Energie- und Rohstoffverbrauch um 50 % bis 2020 gegenüber 1990 zu senken?
3. Welchen Beitrag will die Landesregierung leisten, um die Emissionen der sechs Treibhausgase des Kyoto-Protokolls um 25 % bis 2005 gegenüber 1990 zu senken?
4. Welchen Beitrag will die Landesregierung leisten, um den Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergiebedarf bis 2010 auf 4,2 % gegenüber 2000 zu erhöhen?

(Ausgegeben am 19.09.2002)

5. Welchen Beitrag will die Landesregierung leisten, um die zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen von jetzt ca. 130 ha pro Tag auf unter 30 ha im Jahre 2020 zu senken?
6. Welchen Beitrag will die Landesregierung leisten, um die Schadstoffbelastung der Luft um 70 % bis 2015 gegenüber 1990 zu reduzieren?
7. Wie will die Landesregierung die notwendige Debatte um Nachhaltigkeit im Land befördern?
8. Welche konkreten Aktivitäten hat die Landesregierung zur Auswertung der Konferenz von Johannesburg geplant?

**Antwort der Landesregierung
erstellt vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt**

Zu 1:

Die Bundesregierung hat Ende Dezember 2001 einen ersten Entwurf einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt und Mitte April 2002 beschlossen. Die Länder wurden bei der Erarbeitung dieser Strategie nicht gesondert beteiligt, sondern hatten wie andere Institutionen nur die Möglichkeit, in einem relativ kurzen Zeitraum der Bundesregierung „Anmerkungen und Anregungen“ zuzuleiten.

Die Landesregierung hat deshalb im Wege verschiedener Fachministerkonferenzen an der weiteren Ausgestaltung des von der Bundesregierung vorgelegten Strategieentwurfs mitgewirkt.

Zu 2:

Mit dem Aufbau einer modernen Energiewirtschaft und Industrie sowie den Maßnahmen im Heizungs- und Gebäudereich wurden in Sachsen-Anhalt bereits hervorragende Werte bei den spezifischen Verbräuchen erreicht. So sank die Elektroenergie- und Brennstoffintensität im verarbeitenden Gewerbe seit 1995 um 37 %. Das Landesenergiekonzept geht davon aus, dass die 50 %-Senkung im Energieverbrauch bereits im Jahr 2010 erreicht werden könnte. Dazu müssen jedoch neue Wege beschritten werden, wozu die gegenwärtige Branchenstruktur in Sachsen-Anhalt mit einem hohen Anteil an energieintensivem Vorleistungsgüter-Gewerbe zu einem höheren Wertschöpfungsanteil hin verändert werden muss.

Zu 3:

Sachsen-Anhalt hat im Zeitraum zwischen 1990 und 1994 infolge der politischen Veränderungen in Ostdeutschland durch den Umbau der gesamten Energiewirtschaft, die totale Modernisierung und Neugründung industrieller und gewerblicher Betriebe und die weitreichende Heizungs- und Gebäudesanierung seine Emissionen klimarelevanter Schadstoffe bereits um 56 % gesenkt und damit zusammen mit den anderen ostdeutschen Ländern erheblich zu den Klimaschutzerfolgen der Bundesrepublik beigetragen. Zukünftig sollen insbesondere solche Bereiche wie Biomassen-

nutzung, Energieeinsparung und Ausbau sonstiger regenerativer Energien entwickelt werden, die neben den positiven Umwelteffekten auch einen wirtschaftlichen Schub für das Land erwarten lassen.

Zu 4:

Nach dem Entwurf des Energiekonzepts Sachsen-Anhalt wird sich der Anteil der erneuerbaren Energien von 0,84 % im Jahr 2000 auf 3,8 % im Jahr 2010 erhöhen. Diese hohe Steigerung berücksichtigt die Ausbaupotenziale des Landes, die zum Beispiel die größten Anteile bei Bioenergieträgern und Windkraft und nur geringe Steigerungen bei der Nutzung der Wasserkraft erwarten lassen.

Zu 5:

Zur Reduzierung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme wurde bereits die „Gemeinsame Konzeption zur Reduzierung des Flächenverlustes für die Landwirtschaft durch Entsiegelung von Flächen oder Abriss von Gebäuden als Kompensation für Eingriffe“ erarbeitet und durch Gemeinsamen Runderlass des ML, MWV und MU am 9. April 1999 veröffentlicht.

Im Bereich der landwirtschaftlichen Förderung wurden Tatbestände geschaffen, die die Entsiegelung von Flächen sowie die Umnutzung von vorhandenen Gebäuden finanziell honorieren. Dies soll dazu führen, dass freie Fläche zurückgewonnen wird oder durch Umnutzung zusätzliche Flächeninanspruchnahme vermieden wird.

Darüber hinaus wird die Landesregierung prüfen, ob auch in anderen Bereichen der Förderung Tatbestände geschaffen werden können, die auf eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme hinwirken.

Zu 6:

Die Richtlinie 2001/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2001 über nationale Emissionshöchstmengen schreibt den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft nationale Höchstmengen der Emissionen für SO₂, NO_x, VOC und NH₃ vor, die bis 2010 erreicht werden müssen. Hierfür hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer gesetzgeberischen Kompetenz die erforderlichen Maßnahmen getroffen, die im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Vollzuges von den zuständigen Behörden der Länder umgesetzt werden. Im Zeitraum zwischen 1990 und 2001 hat die Belastung der Luft in Sachsen-Anhalt durch Schadstoffe abgenommen:

- Schwefeldioxid um 96 %,
- Stickstoffdioxid um 45 %,
- Benzol um 74 %,
- Schwebstaub um 60 % und
- Ruß um 36 %.

Die weitere Verbesserung der Luftqualität erfolgt im Rahmen des seit 19. Juli 2001 EU-einheitlich geregelten immissionsschutzrechtlichen Vollzuges.

Handlungsbedarf besteht noch bei den Luftschadstoffen Ozon - hier sind durch Maßnahmen der Bundesregierung und mit der Richtlinie 2002/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Ozongehalt der Luft die notwendigen Maßnahmen eingeleitet - sowie bei Partikel PM₁₀ und bei NO₂. Die Grenzwerte zu diesen Luftschadstoffen müssen bis 2005 bzw. 2010 eingehalten sein.

In Sachsen-Anhalt wurden im Rahmen einer EU-einheitlich durchgeführten Beurteilung der Ausgangsbeurteilung zur Luftqualität in diesem Jahr einige wenige verkehrsbelastete Standorte selektiert, für die im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Vollzuges bis Ende 2004 so genannte Aktionspläne (Luftreinhaltepläne) zu erarbeiten sind.

Zu 7:

Siehe auch Antwort auf Frage Nr. 3 der Kleinen Anfrage 4/6075:

Die Landesregierung beabsichtigt, in einem dreistufigen Prozess ein Leitbild „Agenda 21 für Sachsen-Anhalt“ zu entwickeln.

Dazu soll am 7. Oktober 2002 eine Auftaktkonferenz mit hochrangigen Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen stattfinden, in der das Konzept der Agenda 21 und die Beschlüsse der Konferenz von Johannesburg dargestellt werden und zur Mitarbeit an der Umsetzung dieser Beschlüsse aufgerufen werden soll.

Bis zum Jahresende sollen durch den Verein Netzwerk Zukunft Sachsen-Anhalt e. V. mit Unterstützung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt und unter der Schirmherrschaft von Herrn Ministerpräsidenten Prof. Dr. Böhmer sechs zielgruppenspezifische Workshops durchgeführt werden. Hier werden die jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen aus ihrer Sicht Thesen zur Agenda 21 verabschieden.

Für das Jahr 2003 ist eine weitere Konferenz der hochrangigen Vertreter der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen geplant, in der aus den in den Workshops erarbeiteten Thesen ein Leitbild für Sachsen-Anhalt entwickelt werden soll.

Darüber hinaus wird die Landesregierung das schon bestehende Internetportal zur Agenda 21, das unter www.kosa21.de zu erreichen ist, erweitern und die dazu gehörige interaktive Projektdatenbank weiter füllen. Umweltbildung und Bildung für entwicklungspolitische Zusammenarbeit sollen weiterhin als Bausteine der Bildung zur Nachhaltigkeit eine bedeutende Rolle spielen. Dazu wurde unter anderem das Aktionsprogramm zur Umweltbildung im 21. Jahrhundert verabschiedet.

Nach drei Jahren Umweltallianz in Sachsen-Anhalt sind sich alle Beteiligten einig, dass die Umweltallianz fortgesetzt werden soll. Inzwischen sind mehr als 100 Unternehmen beteiligt. Mehr als 200 Unternehmen und der Landkreis Wernigerode haben eine Zertifizierung nach der Öko-Audit-Verordnung der EU. Die Ausstellung zu Projekten der Nachhaltigkeit, die 2001 im Landtag gezeigt wurde, wird jetzt als Wanderausstellung in Schulen und anderen Einrichtungen im ganzen Land gezeigt. Hiermit wird auch ein Multiplikationseffekt erreicht.

Zu 8:

Die Ergebnisse der Konferenz von Johannesburg werden in das dreistufige Konzept zur Entwicklung eines Leitbildes „Agenda 21 für Sachsen-Anhalt“, das unter der Antwort zu Frage Nr. 7 dargestellt wurde, einfließen. Darüber hinaus wird über das Internetportal und den Newsletter über die Ergebnisse informiert werden. Die Internetadresse des Internetportals und die dort verfügbaren Informationen sollen in einem Flyer, der im dritten Quartal 2002 vom Verein Netzwerk Zukunft Sachsen-Anhalt e. V. herausgegeben werden wird, dargestellt werden.